

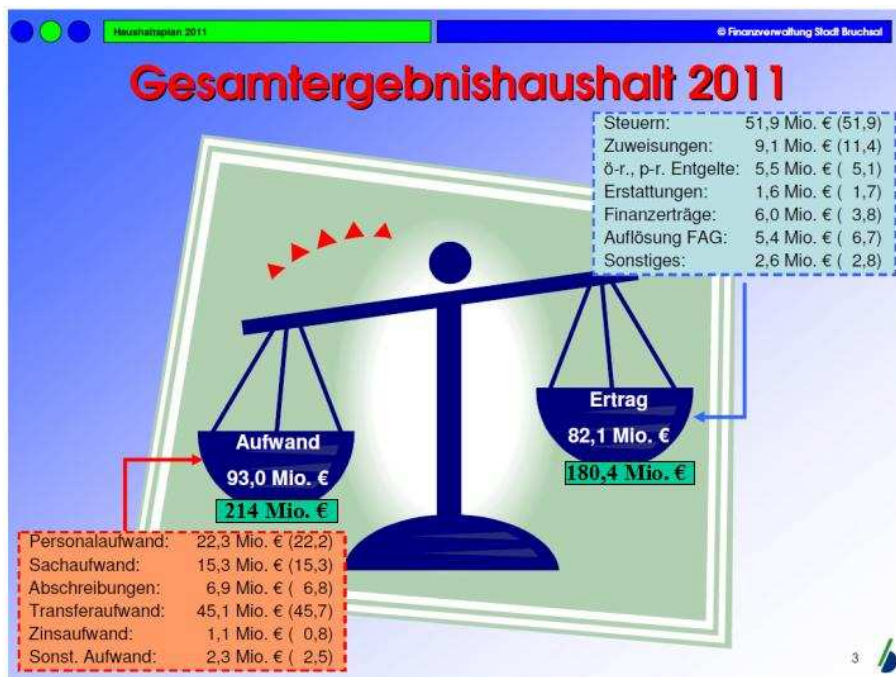
**Kommunale Verschuldung:
Ein Systemproblem mit Lösungsversuchen**
Diskussionspapier, Ruth Birkle, Mai 2011, **Version 6 plus Grafiken**

1. Einleitung	2
1.1 Ursachensuche	3
2. Schuldengeschichte	3
2.1 Schulden der Gebietskörperschaften	3
2.2 Verteilung der Schulden.....	4
2.3 Schulden Kommunen.....	5
3. Modernisierungskonzepte gegen Staatsverschuldung	7
3.1 Neue Strategien und New Public Management	7
3.2 Neues Steuerungsmodell.....	7
3.4 Städtische Tochtergesellschaften	8
3.5 Städtische Eigenbetriebe	8
3.6 Investitionsstopp	9
3.7 NKHR - Doppik	10
3.8 Agenda und Bürgerkommune	11
4. Ansätze zur Schuldentilgung der Kommunen	12
4.1 Forderungen RP Karlsruhe	12
4.2 Konnexitätsprinzip.....	12
4.3 Steuern	13
4.3.1 Kommunale Steuern.....	14
4.3.2 Vermögenssteuer	15
4.3.3 Einkommensteuer.....	15
4.3.4 Grunderwerbssteuer.....	16
4.3.5 Steuergerechtigkeit.....	16
4.4 Sonstiges	16
5. Wirtschaftsdaten	16
5.1 Wirtschaftskraft	16
5.2 BIP	17
5.3 Privatvermögen	17
5.4 Vermögensverteilung	18
5.5 Lohnentwicklung	18
5.6 Außenhandel.....	19
5.7 Wachstum und Außenhandel.....	19
6. Fazit und Fragen	20
6.1 Krise.....	20
6.2 Wie weiter? Gedanken für die Diskussion.....	20
7. Quellen und Literatur	21

1. Einleitung

Das Thema Verschuldung – und was tun – trifft fast alle Kommunen, aber auch die Bundesländer und den Bund. In den Kommunen wird eine Schuldenkrise an praktischen Sparmaßnahmen sehr schnell sichtbar und vor allem spürbar, hier wird die Sparpolitik konkret umgesetzt. Auch Grüne fordern einen ausgeglichenen Haushalt mit einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzpolitik.¹ An Konzepte der intergenerativen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit knüpft auch das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) an, mit dem der Ausgleich besser darstellbar sein soll. Es überträgt den Nachhaltigkeitsbegriff auf die Finanzpolitik und setzt auf die doppelte Buchführung in Konten, kurz Doppik, die den Ressourcen- statt den Geldverbrauch aufzeigt. Vereinfacht soll es einen „korrekten Überblick über die wirkliche finanzielle Situation und wesentliche Leistungen“ gewähren.² „Kostenwahrheit“, „intergenerative Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“ und „Transparenz“ sind sein Programm.³ In Bruchsal wird dazu der Haushalt als Waage dargestellt, ein altes Symbol von Tugend und Gerechtigkeit.⁴

PPP 1: Waage und Verschuldung, Bruchsal und BG (Zahlen türkis)



In meinem Text vertrete ich die Position, dass es den Kommunen in der jetzigen Situation und Lage nur gelingen kann, den Haushalt auszugleichen, wenn sie die Kommune „kaputt“ sparen oder die Einnahmenseite angemessen erhöhen. Das heißt entweder Streichen sämtlicher Freiwilligkeitsleistungen, Reduktion der Standards soweit als möglich und Verkauf städtischen Eigentums. Die Alternative dazu ist eine Erhöhung der Einnahmenseite; in der Kommune der Grund- und Gewerbesteuern. Das wiederum folgere ich aus der Betrachtung der vergangenen Ereignisse, bzw. aus der Verschuldungsgeschichte der Bundesrepublik und aus einigen Maßnahmen, die die Verschuldung immer wieder anders verteilten. Niemals aber ging diese seit 1950 zurück, denn sie ist strukturell.

Annahmen, unser dynamisches, wirtschaftliches System könne sich im finanziellen Ausgleich bewegen, Ausgaben und Einnahmen ausgleichen oder vom Ersparten leben, übertragen die individuelle Ebene auf die staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften, ohne über deren Funktion und Bedeutung nachgedacht zu haben. Sie begreifen das System als Marktwirtschaft ohne Verständnis für Kapital und Wert.⁵

Mit der Kommune ist für Grüne auch die Demokratie in Frage gestellt. Deshalb gilt hier: Wenn wir das grüne Bekenntnis zu Kommune und Demokratie heute ernst nehmen, müssen wir zur zurück zur politischen Auseinandersetzung um die Verteilung der Ressourcen.⁶

Zuerst jetzt also der Blick zurück auf die Ursachensuche und Schuldengeschichte, anschließend auf die Lösungskonzepte.

1.1 Ursachensuche

Bei der Suche nach einer Lösung gegen die Überschuldung fragen auch Prof Dr Martin Junkernheinrich und andere in ihrem Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen – HAUSHALTAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU nach den Ursachen. Dazu äußern sie sich folgendermaßen:⁷

PPP Folie 2: Text aus HAUSHALTAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU

„Vor diesem Hintergrund (der Verschuldungssituation) ist eine nachhaltige, an den Problemursachen ansetzende Lösungsstrategie alternativlos. (...) Angesichts der Komplexität der Wirkungszusammenhänge, der vielen beteiligten Akteure und des sehr langen Zeitraumes von rd. 20 Jahren und mehr, in dem die fiskalischen Notlagen stetig angewachsen sind, ist eine eindeutige und quantitativ belegbare Ursachenverortung nicht möglich. Die föderalen Gemengelagen deuten auf eng verflochtene und sich gegenseitig bedingende Verschuldungsdeterminanten hin. Der Versuch, die heutige finanzielle Notlage einzelner Gemeinden auf ihre ursprünglichen Verursacher zurückzuführen, stößt daher schnell an Grenzen. Ungeachtet dessen ist die Ursachenanalyse aber für die Instrumentenausgestaltung von zentraler Bedeutung. Die Lösungsmaßnahmen müssen unmittelbar an den Problemursachen anknüpfen, wenn sie dauerhaft Erfolg bringen sollen. (...) Um auch diese in die Lage zu versetzen, ihre Haushalte wieder dauerhaft ausgleichen zu können, sind strukturelle Reformen des Gemeindefinanzsystems unabdingbar.“

Hinter Aussagen wie „Wieder dauerhaft ausgleichen und das Schuldenmachen stoppen“ steht nicht nur der Traum nach der Waage der Gerechtigkeit, sondern die Behauptung, dass es diese Zeiten gegeben hätte. Gesucht wird nun genau diese Zeit, um von ihr lernen zu können. Wann also war der Haushalt ausgeglichen?

2. Schuldengeschichte

2.1 Schulden der Gebietskörperschaften

Prof. Junkernheinrich empfiehlt also, 20 Jahre zurückzuschauen, womit er unsere Institutionen leider gewaltig unterschätzt. Die deutsche Bundesbank schaut bis 1950 zurück:

PPP 3: Schulden der Gebietskörperschaften, DBB



Die Grafiken der Deutschen Bundesbank zeigen: Seit 1950 ist die Verschuldung des deutschen Staates – Bund, Länder und Gemeinden – fast permanent gestiegen. 1950 betrug die Verschuldung umgerechnet knapp zehn Milliarden Euro, 2008 erreichte sie den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge 1.600 Milliarden Euro (1,6 Billionen), in 2010 liegen sie bei 2000 Milliarden Euro.⁸

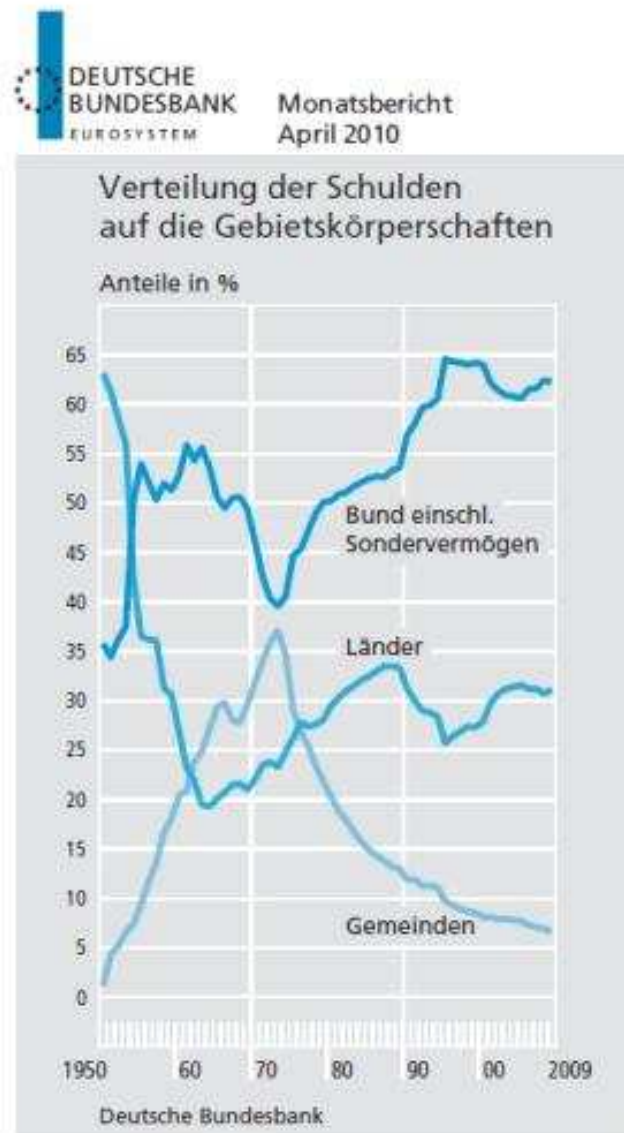
In den vergangenen 60 Jahren ist es der Bundesregierung viermal gelungen, ihre Schulden gegenüber dem Vorjahr zu senken: 1962, 1969, 1970 und 2001. Im letzten Fall bezahlte der damalige Finanzminister Hans Eichel einen Teil der Schulden zurück, weil er durch die Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen hohe Extraeinnahmen erzielt hatte.⁹

(Auch in Boomphasen stiegen die Gesamtschulden meist schneller als die Wirtschaftsleistung – besonders zB: Nach der Wiedervereinigung 1990 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 5,3 Prozent zu, die Schulden stiegen jedoch um 13,4 Prozent.)

2.2 Verteilung der Schulden

Die Grafiken und Zahlen zeigen, dass die Kommunen bei der gesamten Verschuldung keinesfalls den großen Posten ausmachen! Schauen wir uns die Kommunen genauer an.

PPP 4: Verteilung der Schulden auf die Gebietskörperschaften, DBB



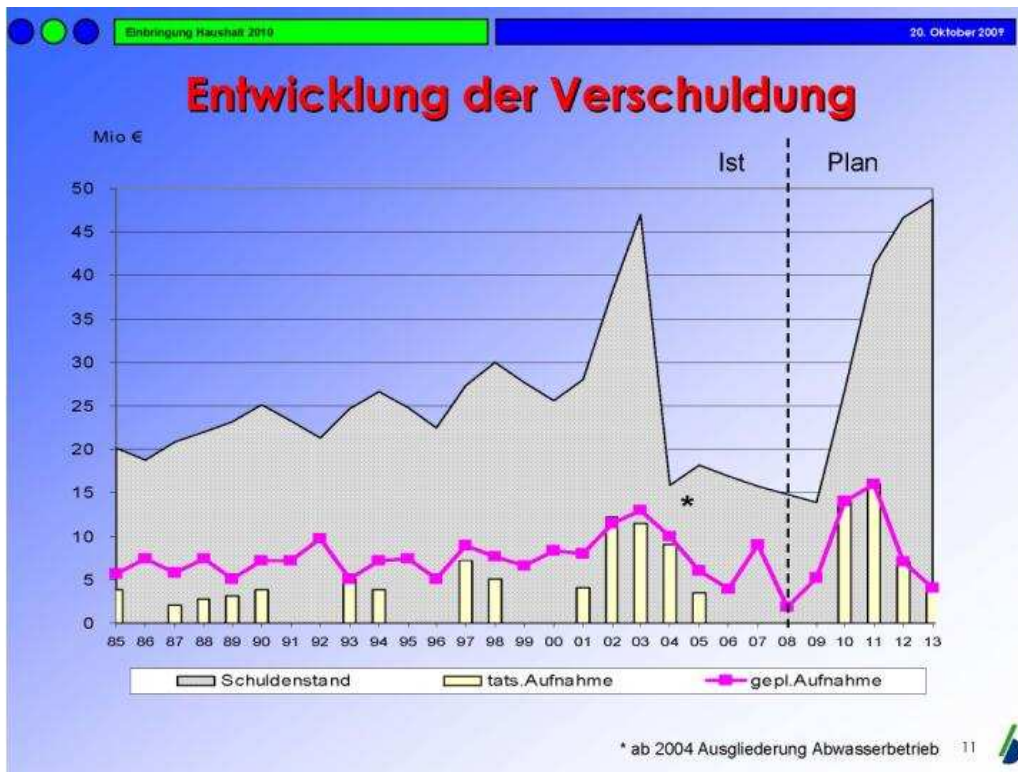
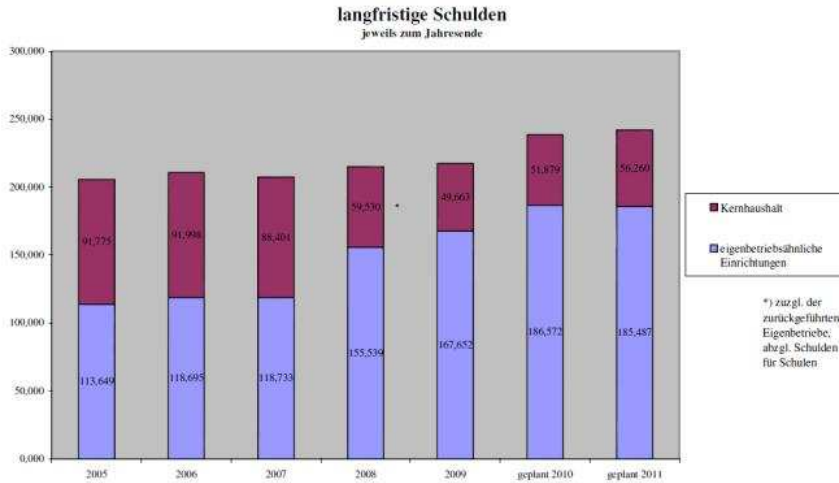
2.3 Schulden Kommunen

Zwischen den Kommunen gibt es große Unterschiede, ebenso zwischen den Ländern – trotzdem sieht es in den meisten etwa so aus, wie in Bruchsal. Manche Kommunen sind bereits höher verschuldet oder auf dem Weg dorthin. Andere haben das Glück, Standortkommunen florierender Unternehmen zu sein. Außerdem gibt bessere und schlechtere Jahre, aber doch stetige Verschuldung:

PPP 5 und 6: Schuldenstand BG und Bruchsal

e) Schuldenstand

Die Entwicklung der **langfristigen Verbindlichkeiten** wird mit folgender Grafik veranschaulicht:



Hier ist nicht nur die stetige Verschuldung abzulesen, sondern auch „Entschuldung“. Was hat es damit auf sich? Hier sind die Lösungsversuche der Vergangenheit zu

besichtigen. Die Schulden sind geblieben – andernfalls gäbe es einen Widerspruch zu der Statistik der Deutschen Bundesbank!

3. Modernisierungskonzepte gegen Staatsverschuldung

3.1 Neue Strategien und New Public Management

Weltweit gerieten Wohlfahrtsstaaten Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahren in eine große Krise, deren Lösung in privatwirtschaftlichen Managementtechniken gesehen wurde: Es ging international um New Public Management.¹⁰ Zur Entlastung der öffentlichen Haushalte sollten Deregulierungsmaßnahmen dienen, die die Märkte liberalisierten. Der Thatcherismus wurde berühmt.¹¹ Dem Staat wurde Steuerungsversagen, den bürokratischen Organisationen abnehmende Problemlösungskompetenz vorgeworfen.¹² Ziel war vor allem eine niedrige Staatsquote, da diese positiv für Wachstum und Beschäftigung sei. Der freie Wettbewerb würde effizienter als der Staat Innovationen fördern und Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen; Staatsverschuldung und hohe Staatsquote würden dadurch wiederum gesenkt. Bürokratieabbau, Privatisierung und Zerschlagung als ineffizient angesehener Staatsmonopole (Post, Telekommunikation, Bahn) waren die passenden Maßnahmen dazu.¹³ Privatwirtschaft und betriebswirtschaftliche Methoden wurden später auch zum Vorbild für die Kommune, bis hin zur Umstellung des Rechnungswesens.¹⁴

3.2 Neues Steuerungsmodell

Die deutsche Verwaltungsreformbewegung der 1990er Jahre steht in Zusammenhang mit der internationalen Reformbewegung unter dem Begriff New Public Management.¹⁵ Der internationale Ansatz zur Modernisierung des Staates kam in Deutschland 1993 als das Neue Steuerungsmodell (NSM) an.¹⁶ Verschärft wurden in Deutschland die Haushaltsprobleme durch die Wiedervereinigung.¹⁷ Das wirtschaftsliberale Konzept sah in der Krise die Chance, die Staatsausgaben zurückzudrängen und die Wirtschaft zu stärken.¹⁸ Der Intransparenz und Schwerfälligkeit überkommener Strukturen sollte durch eine schlanke, betriebswirtschaftlich arbeitende, Verwaltung entgegen gewirkt werden. Es ging auch um eine neue Transparenz der öffentlichen Verwaltung und Teilhabe, Partizipation und Korruptionsbekämpfung.

Seit 2000 werden in vielen Bundesländern die Verwaltungen umgebaut, bzw. Reformen geplant, die Verwaltungsreformen vergangener Jahre bei weitem übertreffen.¹⁹ Dabei geht es vor allem um die Einsparung im Bereich des Personals durch Änderung der Organisation, Straffung der Aufgaben und Schaffung eines „schlanken Staats“.²⁰

Mit dem Neuen Steuerungsmodell wurde ein Schritt in Richtung eines Wandels der öffentlichen Verwaltung hin zum Dienstleistungsunternehmen gemacht. Die Kommune sollte als Unternehmen funktionieren, das sich am Markt orientiert, seinen Betrieb wirtschaftlich reorganisiert, Leistungs- und Kundenorientiert arbeitet und Controlling-Maßnahmen durchführt.

Gekennzeichnet ist das NSM durch Schlagworte wie Projektmanagement, Zielvereinbarungen, Kunden (statt BürgerInnen), aber auch Contracting-Out und Benchmarking - Begriffe aus der „freien“ Wirtschaft. In diesem Zusammenhang kam es zur Auslagerung von Aufgaben und PPP-Projekten.

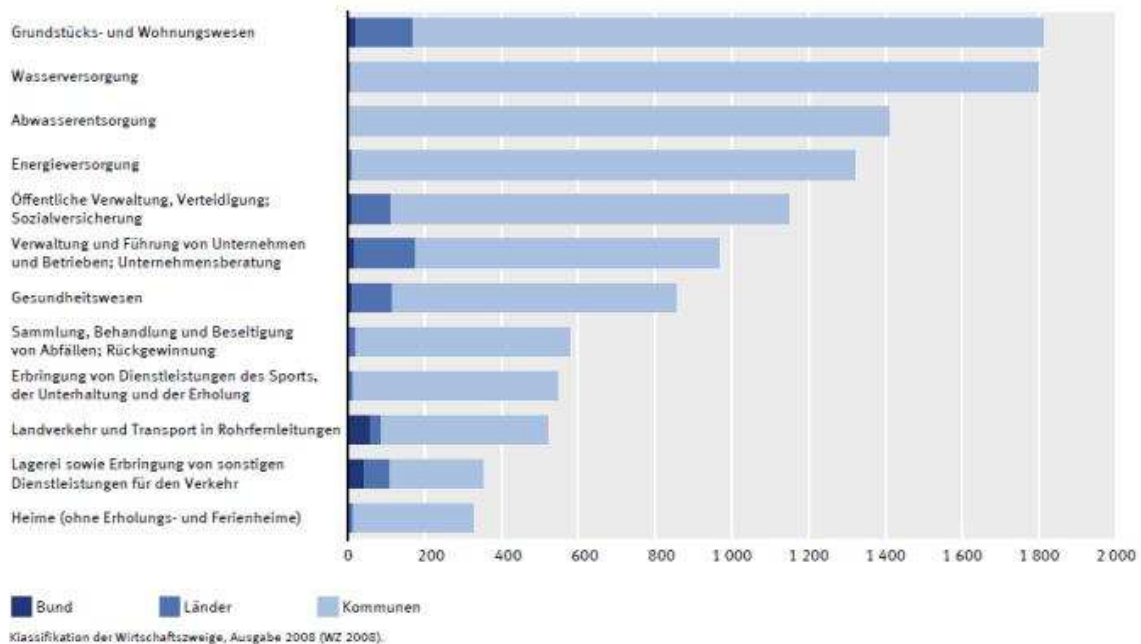
Kritik daran war und ist: Die Kommune ist kein Unternehmen und mit einem solchen nicht vergleichbar.²¹ Kritik kam auch aus der Betriebswirtschaft. Hier hieß es, es werde mit Pseudo-Märkten agiert, Reformen seien teurer als erwirtschaftete Einsparungen und die NPM-Strukturen den Aufgaben nicht gewachsen.²²

3.4 Städtische Tochtergesellschaften

Privatisierungsmaßnahmen, mit denen Schulden abgebaut wurden, führten zu verschärftem Wettbewerb, der auch vor den kommunalen Betrieben nicht Halt machte. Um im Wettbewerb bestehen zu können, kam es zu Ausgliederung von Aufgaben aus städtischen Kernhaushalten in Tochtergesellschaften²³ und Privatisierungen bzw. Teilprivatisierungen von kommunalen Betrieben, vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge. Auf der Homepage der Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH (ewb) heißt es: „Der sich abzeichnende Wettbewerb auf dem Energiesektor führte 1995 zur strategischen Entscheidung, den Energie- und Wasserbereich aus der Stadtwerke Bruchsal GmbH auszugliedern und gemeinsam mit der Badenwerk AG (heute EnBW Regional AG) eine neue Gesellschaft, nämlich die Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH (ewb) zu gründen.“²⁴

PPP 7: Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, Quelle FN7

Schaubild 2 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



3.5 Städtische Eigenbetriebe

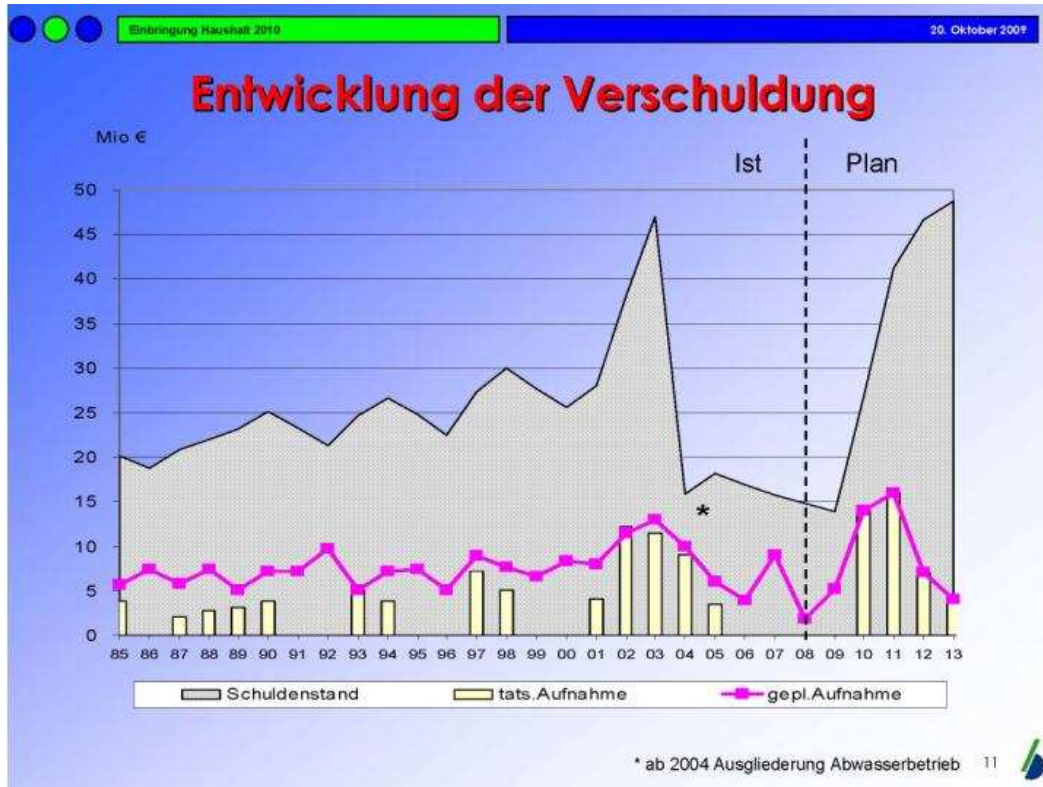
Die Gründung von Eigenbetrieben führte ebenfalls die Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte zurück. Damit konnte zeitweise die kommunale Basis stabilisiert werden. Als Beispiel dient der Bruchsaler Haushalt, aber auch Bergisch Gladbach und viele andere können herangezogen werden. Ebenso wie die Aufgaben konnten die Schulden bei der Eigenbetriebsgründung abgegeben werden, Bsp. Bruchsal die Gründung des Eigenbetriebs Abwasser.

Diese Eigenbetriebe können in ihrem beschränkten Aufgabenumfang wirtschaftlich arbeiten, denn sie legen Kosten in Gebühren um. „Ausgegliederte kaufmännisch

buchende Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors erwirtschafteten im Berichtsjahr 2008 einen Gesamtertrag von 36 Milliarden Euro. Dem standen Aufwendungen in Höhe von 35 Milliarden Euro gegenüber.“²⁵

Die Idee der Ausgliederungen war im Kern, kleine Unternehmen zu schaffen, die wirtschaftlich und wie Unternehmen arbeiten können. Dank der eingeschränkten Aufgaben ist das bei vielen Betrieben gelungen, allerdings schlummern die Schulden dort weiterhin. Ein ähnlicher Ansatz findet sich in der Umwandlung von Krankenhäuser in Holdings. Dort können auch die Beschäftigten zu anderen Konditionen eingestellt werden.

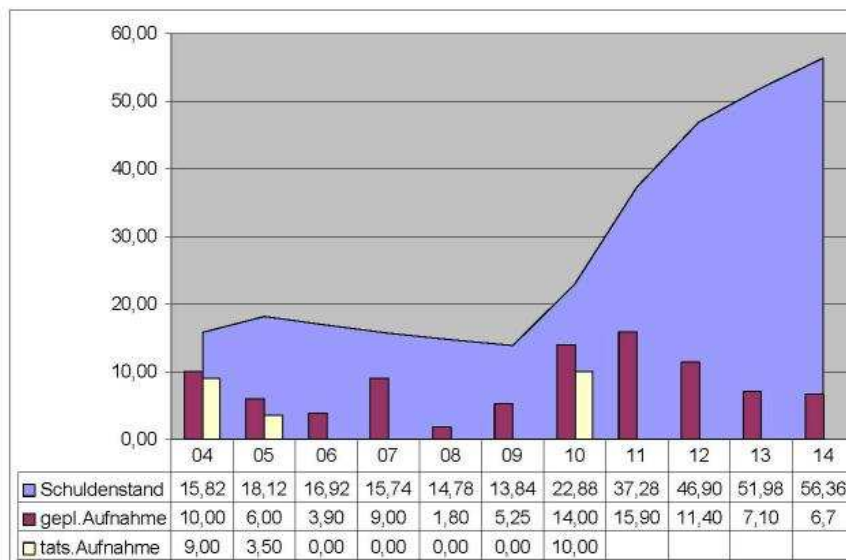
PPP 7: Verschuldung Bruchsal seit 1985



3.6 Investitionsstopp

Eine Sparmaßnahme lag und liegt darin, notwendige Sanierungen aufzuschieben bzw. nur provisorisch auszuführen. Oft kommen jetzt allerdings mit verschärften Gesetzen zwangsweise Maßnahmen dazu, die zwar im Ernstfall lebensrettend sind, sich aber im täglichen Leben nicht bemerkbar machen. Aktuell sind das in zB Brandschutzmaßnahmen. Die Lösung „Investitionsstau“ lässt sich von 2005 bis 2008 im Land und in Bruchsal zeigen.²⁶ Dieser Form der Schuldenreduktion wird erwähnt, da sie eine schnelle Lösung des Problems vorgaukelt und zu interessanten Statistiken führt. Über lange Zeit durchgehalten, wäre eine Deflation unvermeidlich.

PPP 9: Haushalt Bruchsal seit 2004



3.7 NKHR - Doppik

Nach Privatisierungs- und Ausgliederungsmaßnahmen folgte die Umstellung des Rechnungswesens.²⁷ Mit der sinkenden Konjunktur, der Steigerung der Sozialausgaben und dem Anwachsen der Staatsquote wurde die Verschuldung als größtes Problem geoutet. Zu deren Lösung setzte der neoliberale Kurs auf die Umstellung der Kommunen zum „Unternehmen“ und auf die Doppik.²⁸ Die Kommunen, an denen das Problem direkt im Leben aller spürbar ist und die doch den geringsten Teil an der Staatsverschuldung ausmachten, sollten mit Hilfe der Doppik ihre Schulden in den Griff bekommen und „stabil“, aber Kunden- und Leistungsorientiert, arbeiten.²⁹ Dazu gab es für die kommunale Ebene am 21. November 2003 einen Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) – die Umstellung auf ein doppisches Rechnungswesen erfolgt allerdings in unterschiedlicher Geschwindigkeit.³⁰ Mit dem Vorbild gute unternehmerische Praxis heißt das neue Paradigma des doppischen Rechnungswesens Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Es handelt sich um ein Ressourcenverbrauchskonzept, das an die Stelle des alten Geldverbrauchskonzepts tritt. Es soll eine neue Qualität politischer Steuerung mit sich bringen: Integrierte Steuerung über Finanzen und Ziele. Die Räte sollten sich auf gemeinsame Ziele einigen und mit angemessenen Dienstleistungen und Aufgabenkritik in Zukunft Aufwendungen und Erträge im Ausgleich halten. Da jede Dienstleistung einen Preis habe, werde dieses neue System Vergleiche zulassen und so die Entscheidungssteuerung vereinfachen.³¹ Der kamerale Haushalt mit seinen „rentierlichen Schulden“ hatte zwar zum herrschenden Wirtschaftssystem gepasst, denn hier war deutlich, wo der Wert entsteht. Investitionen sowie Haushaltsausgleich waren einfacher, Abschreibungen und Folgekosten wurden locker gehandhabt. Verschuldung konnte auch hier punktgenau herausgerechnet werden, doch galt sie nicht als Hauptproblem.³² Bruchsal wurde mit der Umstellung auf die Doppik im Jahr 2008 in Baden-Württemberg zur Pilotkommune. Der Doppik-Fachmann Prof. Klaus Notheis³³ war 2005 als

„Projektleiter Doppik“ nach Bruchsal gekommen, wo er im Juni 2007 zum Stadtkämmerer ernannt wurde.³⁴

PPP 10: Schulden öffentliche Haushalte und Anteil am BIP, Stat.BA



Mit einer grünen Nachhaltigkeit, mit Ökologie, sozialer Gerechtigkeit hat das Ganze wenig zu tun. Ökologische sinnvolle Sanierungen werden nicht durchgeführt, weil die Abschreibungen nicht möglich sind. So bleibt ein hoher Energieverbrauch, der schädlich und überflüssig ist. Auch aus gesellschaftlichen Gründen wichtige Projekte werden gestoppt, zB bei der Betreuung von Kindern. Damit diese Kinder in 20 Jahren nicht daran scheitern, ihren Kindergarten (den sie nicht bekamen) neu bauen zu müssen, wird er heute nicht gebaut. Politische Entscheidungen verschwinden hinter der Ableistung staatlich verordneter Pflichtverwaltung.³⁵ Auch mit der Kameralistik wäre mit den neuen Aufgaben und der schlechten Konjunktur der Haushaltsausgleich inzwischen schwierig. Das Rechnungswesen ist nicht allein entscheidend, aber verschärfend. Wichtig und vom Rechnungswesen unabhängig: Es keine „gesunde Marktwirtschaft“, es bleibt eine Auseinandersetzung um die Verteilung. Dazu sind in Punkt 6 die Wirtschaftsdaten zu betrachten.

3.8 Agenda und Bürgerkommune

Im Zusammenhang mit Rio und der Agenda entstand auch das Konzept Bürgerkommune, in dem auf Ehrenamt gesetzt werden, um kommunale Aufgaben bewältigen zu können.³⁶

Tatsache ist, dass unser System inzwischen, nach über 60 Jahren Stabilität auf der Grundlage stabiler Verschuldung an seine Grenze kommt. Statt Inflation und Abwertung

wird auf ausgeglichene Haushalte und Schuldenreduzierung bei den Kommunen gesetzt, die jetzt – wie Bruchsal - vor der Ablehnung der eingereichten Haushalte stehen. Ehrenamt kann wohl einen Teil auffangen, aber heute keinesfalls in vernünftiger Form gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen. Hören wir also, was die Fachwelt ihnen praktisch empfiehlt: Wie können sie aus den Schulden herauswachsen?

4. Ansätze zur Schuldentilgung der Kommunen

4.1 Forderungen RP Karlsruhe

An die Kommune Bruchsal erteilte das RP Karlsruhe, dem Baden-Württembergischen Haushaltsrecht entsprechend,³⁷ am 14.1.11 folgende Haushaltsratschläge.³⁸

1. Freiwilligkeitsleistungen abbauen,
2. Standards der Pflichtleistungen senken,
3. Gebühren erhöhen,
4. Steuern erhöhen.

Anmerkungen zu 2.: Die Kommunen haben kaum Einfluss auf die Standards, die von den Gesetzgebenden Instanzen beschlossen werden.

Die Reihenfolge der Forderungen verweist auf einen neoliberalen Ansatz: Zuerst soll an Einrichtungen wie Bibliothek und Musikschule gespart werden, anschließend an den Standards, zB an der Raumgröße, der Ausrüstung von Klassenzimmern mit Waschbecken o.ä.. Die Schritte 1 und 2 treffen alle diejenigen, die davon profitieren, dass die Angebote nicht privatisiert sind und gesellschaftlich erbracht werden. Gebühren treffen alle BürgerInnen der Kommune, aber wiederum diejenigen verstärkt, die die Einrichtungen nutzen (zB Bäder, Busse). Doch die ersten drei Schritte würden kaum ausreichen, es sei denn, die Einrichtungen würden geschlossen; erst dann wäre eine Entlastung merklich spürbar. Allerdings wäre damit auch die kommunale Selbstverwaltung am Ende.

Erst bei dem Punkt, der zuletzt angegangen werden soll, wird es interessant.³⁹ Er wird und 5.3 separat aufgegriffen.

4.2 Konnexitätsprinzip

Immer wieder wird die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gefordert: „Wer bestellt, bezahlt.“ Die Finanzierung der Aufgaben soll durch Bund oder Land geleistet werden, die die entsprechenden Gesetz erlassen und den Kommunen damit Aufgaben zuweisen – vor allem bei Sozialleistungen, Kinderbetreuung und Schulen. Die Beteiligung von Bund und Land soll „Aufgabenangemessen“ sein. Hier folgt seit Jahren der Streit, ob es sich wirklich um neue Aufgaben handelt, denn nur für diese gelte das Konnexitätsprinzip. Die Diskussion der Aufgabenangemessenheit und höhere Beteiligung von Land und Bund erscheint aber vor dem Hintergrund der Verschuldung des Bundes und der Länder und der dort beschlossenen Schuldenbremsen kaum in Sicht. Prof. Junkernheinrich schreibt zu dem Thema „Aufgabenangemessene Beteiligung“: *„Wenn im Gutachten von „Aufgabenangemessenheit“ der Finanzausstattung die Rede ist, geht es um den allgemeinen Grundsatz, dass sich Aufgabenumfang und Finanzausstattung einer Kommune in einem angemessenen Verhältnis zueinander befinden müssen. Mit welcher Methode dieses empirisch festgestellt wird, ist eine weitere, hier nicht thematisierte Frage.“*⁴⁰

4.3 Steuern

PPP 11: Steuerarten, Stat. BA

Steueraufkommen 2009 nach Steuerarten

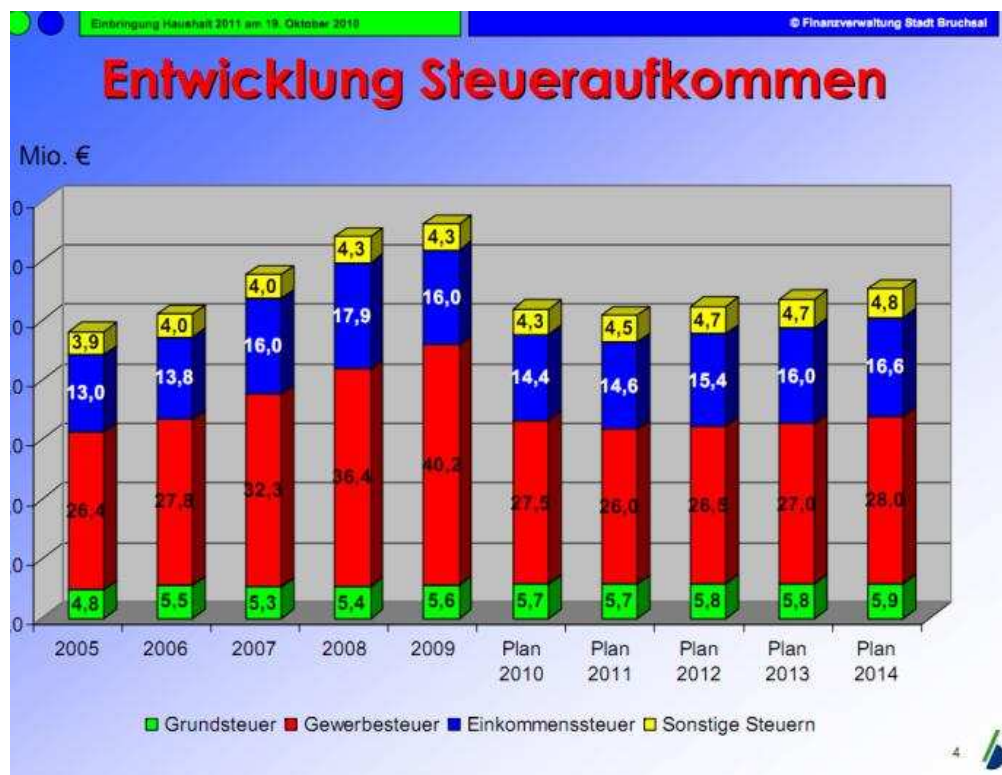


Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Steuerarten vor der Verteilung.

¹ Einschließlich Einfuhrumsatzsteuer.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

PPP 12: Steuern Bruchsal



4.3.1 Kommunale Steuern

Die einzige Möglichkeit, die Einnahmen adäquat zu erhöhen, ist für Kommunen die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer; das Problem liegt dabei allerdings in kommunalen Alleingängen. Besonders schwierig ist die finanzielle Lage in Mittelzentren wie Bruchsal, in den Kommunen, die Aufgaben für andere Kommunen erfüllen. Zb diejenigen, die die Versorgung des Umlands mit Schulen und Betreuungseinrichtungen übernehmen. Wenn nur diese die Grundsteuer B erhöhen, weil sie besonders hoch verschuldet sind, weichen die Menschen zum Wohnen in die Dörfer aus. Ähnlich verhält es sich mit der Gewerbesteuer.⁴¹

PPP 13 und 14: Steuerberechnungen und Beispiele Bruchsal

II. Steuer mehr aufkommen bei Hebesatzänderung			
Bruchsal Hebesatz 2011, 360			
Hebesatz (v.H.)	Steuer <i>mehr</i> einnahmen		
	Grundsteuer "A" + "B"	Gewerbesteuer	Insgesamt
365	74.100 €	370.905 €	445.005 €
370	148.200 €	741.810 €	890.010 €
375	222.300 €	1.112.715 €	1.335.015 €
380	296.400 €	1.483.620 €	1.780.020 €
385	370.500 €	1.854.525 €	2.225.025 €
390	444.600 €	2.225.430 €	2.670.030 €
395	518.700 €	2.596.335 €	3.115.035 €
400	592.800 €	2.967.240 €	3.560.040 €
405	666.900 €	3.338.145 €	4.005.045 €
410	741.000 €	3.709.050 €	4.450.050 €
415	815.100 €	4.079.955 €	4.895.055 €
420	889.200 €	4.450.860 €	5.340.060 €
425	963.300 €	4.821.765 €	5.785.065 €
430	1.037.400 €	5.192.670 €	6.230.070 €
435	1.111.500 €	5.563.575 €	6.675.075 €
440	1.185.600 €	5.934.480 €	7.120.080 €
445	1.259.700 €	6.305.385 €	7.565.085 €
450	1.333.800 €	6.676.290 €	8.010.090 €

Beispiele für verschiedene Hebesätze

		Grundsteuer bei Hebesatz				
	Basis 2011	360 v.H.	370 v.H.	380 v.H.	390 v.H.	400 v.H.
Industriebetrieb (groß)						
Messbetrag:	81.200,00 €	292.320,00 €	300.440,00 €	308.560,00 €	316.680,00 €	324.800,00 €
Mehreinnahmen:	- €	- €	8.120,00 €	16.240,00 €	24.360,00 €	32.480,00 €
Industriebetrieb (mittel)						
Messbetrag:	31.700,00 €	114.120,00 €	117.290,00 €	120.460,00 €	123.630,00 €	126.800,00 €
Mehreinnahmen:	- €	- €	3.170,00 €	6.340,00 €	9.510,00 €	12.680,00 €
Industriebetrieb (klein)						
Messbetrag:	4.300,00 €	15.480,00 €	15.910,00 €	16.340,00 €	16.770,00 €	17.200,00 €
Mehreinnahmen:	- €	- €	430,00 €	860,00 €	1.290,00 €	1.720,00 €
Einfamilienhaus						
Messbetrag:	100,00 €	360,00 €	370,00 €	380,00 €	390,00 €	400,00 €
Mehreinnahmen:	- €	- €	10,00 €	20,00 €	30,00 €	40,00 €
Eigentumswohnung						
Messbetrag:	55,00 €	198,00 €	203,50 €	209,00 €	214,50 €	220,00 €
Mehreinnahmen:	- €	- €	5,50 €	11,00 €	16,50 €	22,00 €

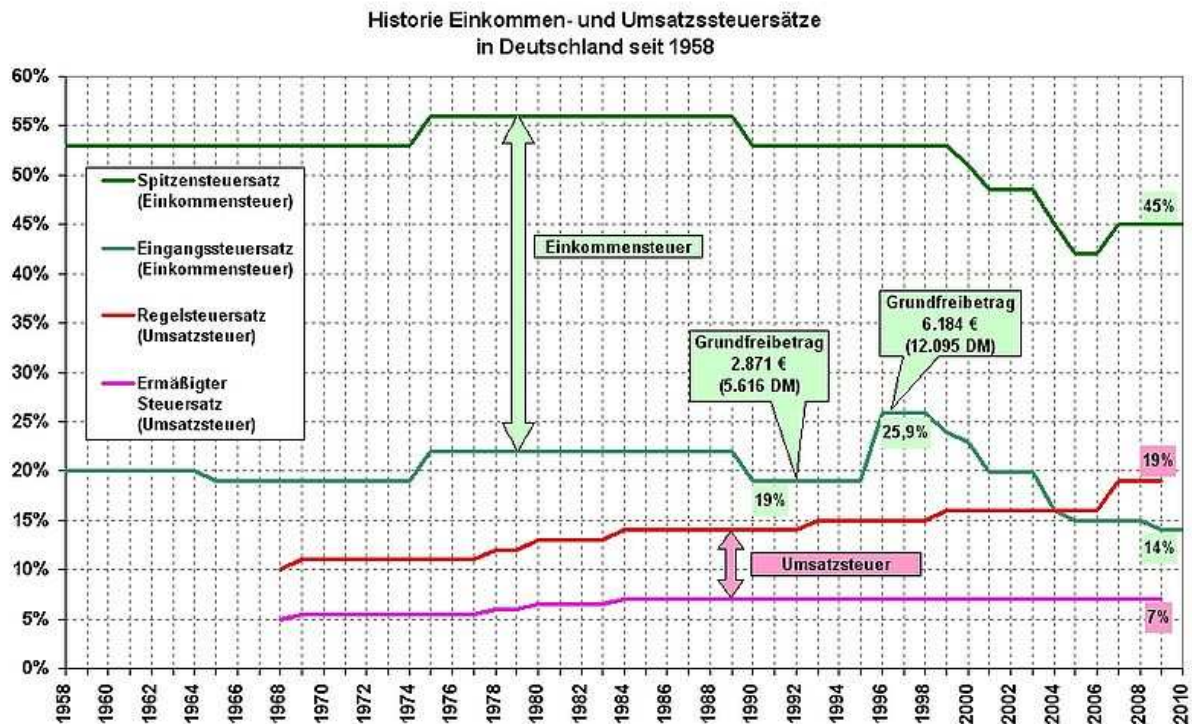
4.3.2 Vermögenssteuer

Insgesamt wurden in den vergangenen Jahren nur selten und in geringem Ausmaß Grundsteuern erhöht; die Bundessteuern wurden sogar massiv gesenkt. Die von Grünen vorgeschlagene einmalige Vermögenssteuer als Beitrag zum Bankenrettungspaket soll einmalig 100 Mrd. bringen. Die Einnahmen sollen über zehn Jahre gestreckt werden, was die Wahrscheinlichkeit senkt, wirklich 100 Mrd. einzutreiben. Außerdem ist das Konzept bei einem weiteren Crash gescheitert.⁴²

4.3.3 Einkommensteuer

Vorschläge, die Einkommenssteuer und die Spitzensteuersätze zu erhöhen, gibt es derzeit nicht. Diese werden hier erwähnt, da auch der Staat höhere Einnahmen braucht, wenn die Kommunen gestärkt werden sollen. Tatsächlich wurde der Spitzensteuersatz in den vergangenen Jahren gesenkt.⁴³

PPP 15: Historie Einkommen- und Umsatzsteuersätze seit 1958



4.3.4 Grunderwerbssteuer

Diese Landessteuer soll in Baden-Württemberg zur Finanzierung von Bildungsprojekten um 1,5 Prozentpunkte erhöht werden; erwartet werden dadurch Mehreinnahmen von 250 – 300 Mio. €. Das Haushaltsvolumen BaWü betrug im Jahr 2010 rund 34,9 Milliarden Euro und im Jahr 2011 rund 35,1 Milliarden Euro.

4.3.5 Steuergerechtigkeit

Über ein Durchsetzen der Steuergerechtigkeit werden bundesweit Einnahmen 6,5 Mrd. erwartet. Das Ziel ist hier vor allem in der Steuergerechtigkeit zu suchen.⁴⁴

4.4 Sonstiges

Die Schulung von Kommunen und strenge Beratungs- und Bankengesetze sind weitere Vorschläge; sie werden aber ziemlich sicher keine großen Geldsummen generieren.

5. Wirtschaftsdaten

Hier folgen die Daten/Statistiken, die die kommunale Verschuldung in den wirtschaftlichen Zusammenhang stellen. Damit ist die Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit im System zu sehen, aber auch die dahinter liegende Verteilungsproblematik.

5.1 Wirtschaftskraft

Daten: Schere wird größer, Verteilung, Exportabhängigkeit
2009 boomte die Wirtschaftskraft Deutschlands mit 2,4 Billionen Euro (50mal so groß war wie 1950), die Schulden stiegen auf den 175fachen Wert.

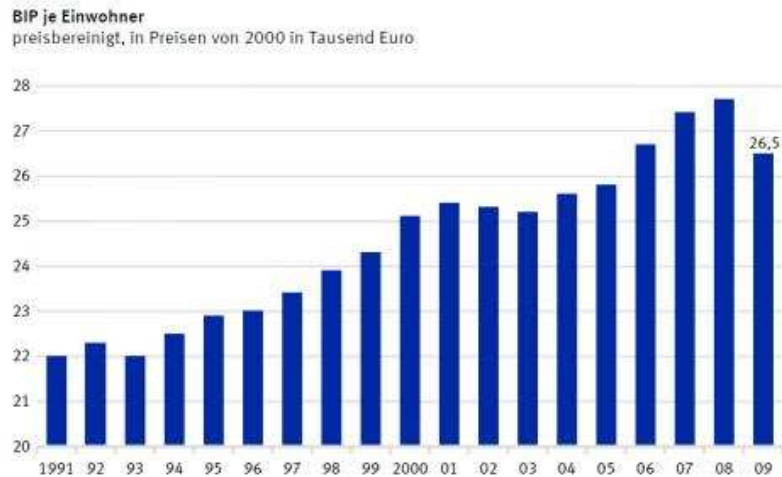
5.2 BIP

PPP 16

Wirtschaftlicher Wohlstand

Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern

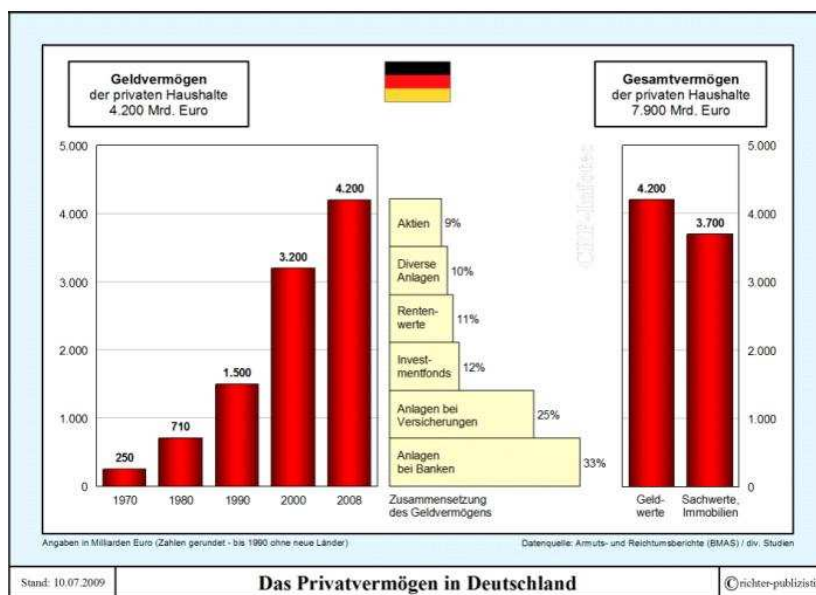
10 BIP je Einwohner



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es wird als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft angesehen, wurde jedoch nicht als generelles Wohlstandsmaß konzipiert.

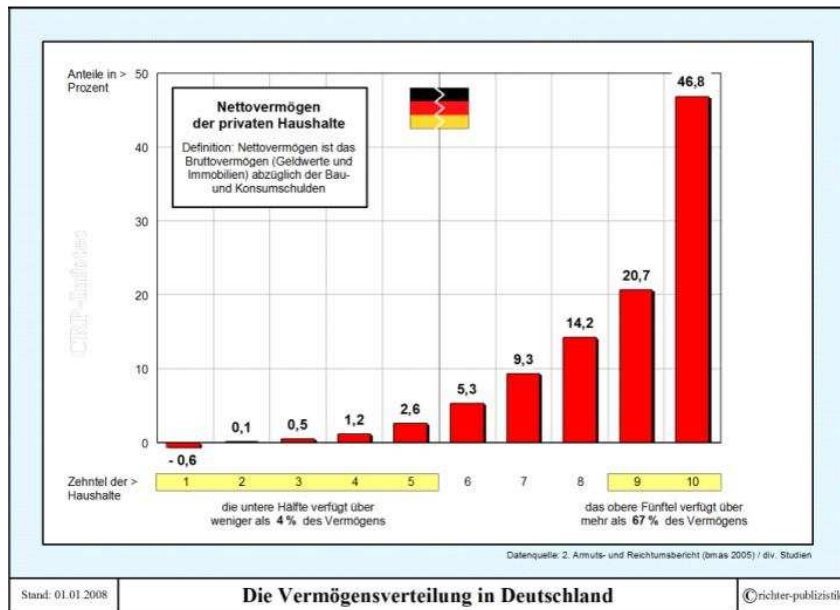
5.3 Privatvermögen

PPP 17



5.4 Vermögensverteilung

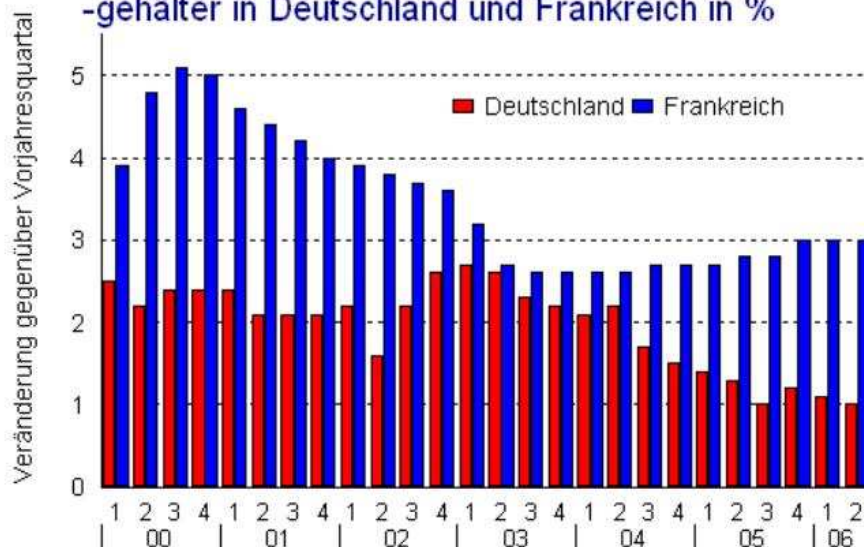
PPP 18



5.5 Lohnentwicklung

PPP 19

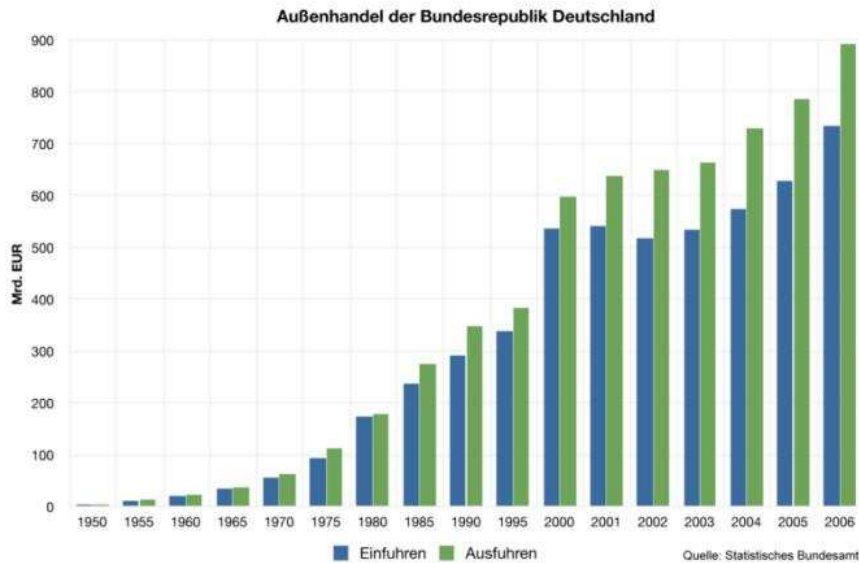
03023: Entwicklung der nominalen Stundenlöhne und -gehälter in Deutschland und Frankreich in %



Quelle: StaBuA, Pressemitteilung, 9.10.06. © Jahnke - <http://www.jahnke.net/>

5.6 Außenhandel

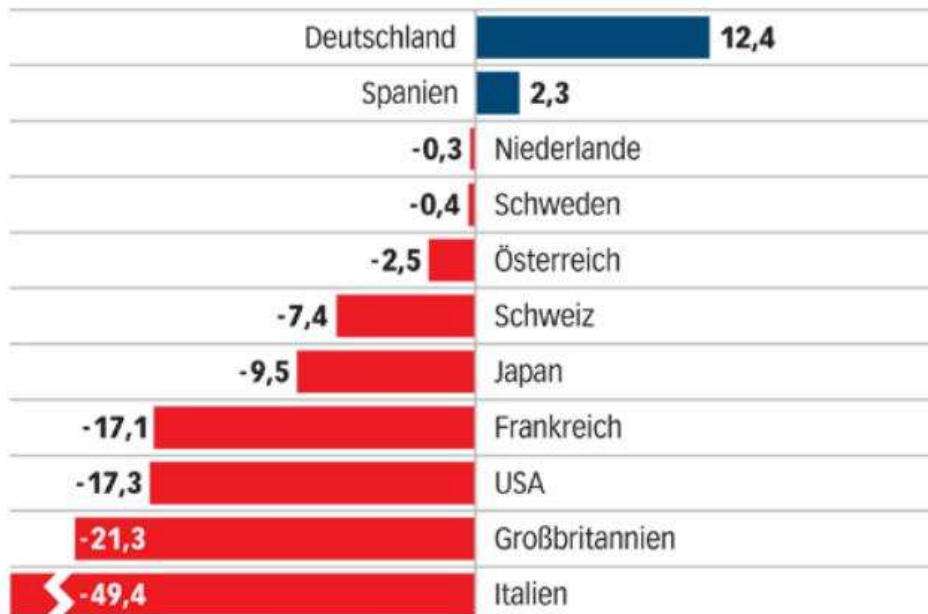
PPP 20



5.7 Wachstum und Außenhandel

PPP 21

Um so viel Prozent wuchsen die Exporte des Landes im Zeitraum 1995-2007 langsamer (-) oder schneller (+) als dessen Absatzmärkte



Quelle: OECD, eigene Berechnung

6. Fazit und Fragen

6.1 Krise

Der Schuldenberg wächst allmählich in Richtung 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Seit der Krise der 1970er Jahre gibt es Versuche, die Verschuldung zurückzuführen, Gründung von Tochtergesellschaften, etc.. Vor allem neoliberale Reformen versprechen, Stabilität herzustellen. Auch und vor allem die Kommunen sollen in einen stabilen, ausgeglichenen Zustand gebracht werden. Doch das heißt in erster Linie sparen und Angebote einschränken. Werden sie weiterhin zu dieser deflationären Politik gezwungen, wird die Kommunale Selbstverwaltung in Frage gestellt. Was „stabile“ Kommunen für das Gesamtsystem leisten, ist wahrscheinlich kaum zu unterschätzen.⁴⁵ Junkernheinrich dazu:

PPP 18: Text Junkernheinrich

„Andernfalls dürfte sich die Aufwärtsspirale der Verschuldung nicht nur weiter fortsetzen, sondern auch auf weitere, *bislang nicht betroffene Kommunen übergreifen – mit negativen Folgen für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen.*“⁴⁶

NPM, NSM, PPP etc: Diese Konzepte beinhalten den Glauben an die freie Marktwirtschaft. Hier wird Politik überflüssig und endet an runden Tischen. Übrig bleibt die politische Steuerung über betriebswirtschaftliche Methoden. Politik als Leitbildpolitik, Demokratie als freiwillige, ehrenamtliche Bürgerbeteiligung.⁴⁷

6.2 Wie weiter? Gedanken für die Diskussion.

Demokratie braucht starke Kommunen!⁴⁸ Mit dieser grünen Überzeugung sollten Grüne zurück zur politischen Auseinandersetzung. In der jetzigen Situation bedeutet ein Verschuldungsverbot das Ende für die kommunale Selbstverwaltung. Der auf Finanzen bezogene Nachhaltigkeitsbegriff wird zum Untergang für eine nachhaltige kommunale Entwicklung. Für ökologisch und gesellschaftlich wichtige Projekte sollten wir bewusste Verschuldung fordern - so weit das Regierungspräsidium es zulässt. Dabei könnte durchaus auch das Zurückweisen eines Haushalts eingeplant werden, um dem vorseilenden Sparen sowie dem Ausverkauf der Kommunen Protest entgegen zu setzen. Ein Ausverkauf der Kommunen ist eine kurzfristige und kurzsichtige, aber keine nachhaltige Lösung. Eine weitere Verschuldung, die aktuelle Möglichkeit, bedeutet aber eine Umverteilung nach Oben; der Wohlfahrtsstaat schafft den sozialen Ausgleich kaum noch und es ist offen, wie lange er noch zu halten ist.

Langfristig wird es um Verteilungsfragen gehen. Heute können diese mit Forderungen nach Steuererhöhungen angegangen werden. Der grün-rote Koalitionsvertrag macht einige Versprechungen, doch geht auch er davon aus, gegen die strukturelle Neuverschuldung angehen zu können. Steuergerechtigkeit, Vermögenssteuer für Superreiche und Grunderwerbsteuer um 1,5 Prozentpunkte werden die nötigen Einnahmen, die für die ganzen gesellschaftlich und ökologisch wichtigen Projekte gebraucht werden, kaum einbringen.

7. Quellen und Literatur

Statistisches Bundesamt Deutschland:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Publikationen.psm1?CSPCHD=000000100004dz98heA000000VUY45mZ018CgmT1hFIRuhQ--&cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1024251>

Statistik Baden-Württemberg:

http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/FinSteuern/Landesdaten/GV_ED_EA_0000.asp

Deutsche Bundesbank

<http://www.bundesbank.de/> hier verwendet:

http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2010/201004mba_verschuldung.pdf

¹ Nachhaltige Finanzen, in: Der Wechsel beginnt - der grün-rote Koalitionsvertrag, 27.4.11, <http://www.gruene-bw.de/partei/news/article/der-wechsel-beginnt.html>

² Ab 2003 wurde das NKHR von der IMK eingeführt.

ABC-Neues Haushaltsrecht, Hg Bertelsmann Stiftung und KGSt, 2010, http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/finanzen/download/pdf/ABC_Neues_Haushaltsrecht.pdf

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) ist das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum des kommunalen Managements. 1949 in Köln gegründet. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern und für ihre Mitglieder befasst sich die KGSt mit Führung, Steuerung und Organisation der Kommunalverwaltung. Sie wird finanziert aus den Beiträgen der Mitglieder und Erlösen für besondere Leistungen, zum Beispiel Seminare und Vergleichsringe. Das macht die KGSt unabhängig vom Staat und von politischen Organisationen.

Über 1700 Kommunalverwaltungen und Träger öffentlicher Aufgaben - darunter nahezu alle Städte über 25.000 Einwohner, einschließlich der drei Stadtstaaten, die meisten Landkreise und einige große österreichische Städte - arbeiten in der KGSt zusammen, um mit ihr die eigene Leistungsfähigkeit zu verbessern und so zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beizutragen.

³ Ebenda, S. 4

⁴ Hannelore Sachs, Ernst Badstüber, Helga Neumann: Wörterbuch zur christlichen Kunst, Hanau, um 1980, S. 365

⁵ Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation, 1985, 5. Auflage 2008, S. 67-81

⁶ Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umwelterstörung, verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg, 26.-28.9.1986), [http://www.boell.de/downloads/stiftung/1986_Umbauprogramm\(1\).pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/1986_Umbauprogramm(1).pdf)

⁷ HAUSHALTSAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen – Endfassung von Martin Junkernheinrich, Thomas Lenk, Florian Boettcher, Mario Hesse, Benjamin Holler, Gerhard Micosatt, Kaiserslautern – Leipzig – Bottrop, 2011, <http://www.im.nrw.de/bue/doks/110308gutachten.pdf>, Zusammenfassung <http://www.im.nrw.de/bue/doks/110308summarygutachten.pdf>

⁸ Zur Verschuldung und Zinsbelastung des Staates in Deutschland, Monatsbericht April 2010, http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2010/201004mba_verschuldung.pdf

⁹ Wolfgang Mulke/ Hannes Koch: Spardebatte: Die Bundesregierung will die öffentliche Verschuldung verringern. Seit dem 2. Weltkrieg ist das nur sehr selten gelungen, 2010, www.die-korrespondenten.de Wolfgang Mulke und Hannes Koch gründeten im April 2008 die-korrespondenten.de. Sie schreiben für Allgemeine Zeitung Mainz, Badische Zeitung, Frankfurter Rundschau, Freitag, General Anzeiger Bonn, German Times, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Märkische Allgemeine, Main-Echo, Mannheimer Morgen, Münchner Merkur, Neue Westfälische, Spiegel Online, Tageszeitung taz, Schwäbische Zeitung, Sächsische Zeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung und andere Medien.

¹⁰ Kuno Schedler, Isabella Proeller: New Public Management, Bern/Stuttgart/Wien, 2006, Auszugsweise im Netz: <http://books.google.de/books?id=hI9Y-hnvemYC&printsec=frontcover&dq=New+Public+Management+Kuno+Schedler,+Isabella+Proeller&source>

[e=bl&ots=NcrQDe3uPK&sig=-62ySZ0--
CmaFSKHvHejquG1fwc&hl=de&ei=Opy6TfDLKcnCswbB_rSIBg&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=3&ved=0CCwQ6AEwAg#v=onepage&q&f=false](http://www.stud.uni-karlsruhe.de/~ubaxf/buerkle.org_downloads/ABWL_Se.PDF)

¹¹ Gernod Grüning: Grundlagen des New Public Management, Hamburg 2000, S.12/13

¹² Gerd Bürkle und Kai Stemme: NEW PUBLIC MANAGEMENT. Neue Steuerungsmodelle für die öffentliche Verwaltung, Hausarbeit im Rahmen des Seminars zur Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre - New Public Management - http://www.stud.uni-karlsruhe.de/~ubaxf/buerkle.org_downloads/ABWL_Se.PDF

¹³ Rüdiger Liedtke: Wir privatisieren uns zu Tode, Frankfurt am Main, 2007

¹⁴ Stephan Grohs, Hellmut Wollmann: Modernisierung kommunaler Sozialpolitik: Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus, 2010, S.61-64

¹⁵ Kuno Schedler, Isabella Proeller: New Public Management, Bern/Stuttgart/Wien, 2006, Auszugsweise im Netz: <http://books.google.de/books?id=hl9Y-hnvemYC&printsec=frontcover&dq=New+Public+Management+Kuno+Schedler,+Isabella+Proeller&source=bl&ots=NcrQDe3uPK&sig=-62ySZ0-->

[CmaFSKHvHejquG1fwc&hl=de&ei=Opy6TfDLKcnCswbB_rSIBg&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=3&ved=0CCwQ6AEwAg#v=onepage&q&f=false](http://books.google.de/books?id=hl9Y-hnvemYC&printsec=frontcover&dq=New+Public+Management+Kuno+Schedler,+Isabella+Proeller&source=bl&ots=NcrQDe3uPK&sig=-62ySZ0--)

¹⁶ Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt): Rechnungslegung und Rechtsvergleich auf kommunaler Ebene,

<http://www.kgst.de/themen/finanzmanagement/rechnungslegungsgrundsätze-und-rechtsvergleich/rechnungslegung-und-rechtsvergleich-auf-kommunaler-ebene.dot>

¹⁷ Stephan Grohs, Hellmut Wollmann: Modernisierung kommunaler Sozialpolitik: Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus, 2010, S.61-64

¹⁸ Vor allem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung 1990 und den finanziellen Folgen.

¹⁹ Auch die Verwaltungsreform der 1970er Jahre stand unter dem Zeichen der Verschuldung, v.a. um Verwaltungssitze zu konzentrieren und hoch verschuldete Orte zu entlasten. Das wird allerdings selten thematisiert; es wird von einem gegenseitigen Nehmen und Geben und einer unter dem Strich für alle befriedigenden Bilanz gesprochen. Thomas Adam: Kleine Geschichte der Stadt Bruchsal, 2006, S. 231-234

²⁰ Jörg Bogumil/Werner Jann, Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft, 2009, Auszugsweise im Netz:

http://books.google.de/books?id=s0VnEXYjyY8C&pg=PA128&lpg=PA128&dq=J%C3%B6rg+Bogumil/Werner+Jann,+Verwaltung+und+Verwaltungswissenschaft+in+Deutschland:+Einf%C3%BChrung+in+die+Verwaltungswissenschaft,+2009&source=bl&ots=pcv8qd8thm&sig=uiwZd3U5M4vqEOrcMm-V_hkQok&hl=de&ei=py6TajyFIX3sgbzn2TBg&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=4&ved=0CDsQ6AEwAw#v=onepage&q&f=false

²¹ Zur Implementation auch: Stephan Grohs, Hellmut Wollmann: Modernisierung kommunaler Sozialpolitik: Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus, 2010, S.86-78

²² Evans, Peter/James E. Rauch: „Bureaucracy and Growth: A Cross-National Analysis of the Effectiveness of 'Weberian' State Structures on Economic Growth.“ American Sociological Review 64, 1999, S. 748-765 (hab ich nicht)

Wolfgang Drechsler: The Rise and Demise of the New Public Management, 2005,

<http://www.paecon.net/PAERreview/issue33/Drechsler33.htm>

²³ In vielen Kommunen läuft gerade die Diskussion um die Gründung städtischer Tochtergesellschaften.

²⁴ https://www.ewb-bruchsal.de/index_frameset.htm; Inzwischen wird über Rekommunalisierung diskutiert, die 1995 mit dem Einkauf der EnBW erworbenen Aktien wurden verkauft. Die Stadtwerke Bruchsal GmbH wurden 1976 gegründet; mit dem Einstieg der EnBW wurden sie zu den Energie- und Wasserwerken Bruchsal GmbH, ewb.

²⁵ Nora Schmidt: Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/FinanzenSteuern/Kernhaushalte0211,property=file.pdf>

Verteilung nach Ländergruppen:

Im Ländergruppenvergleich wird zwischen dem früheren Bundesgebiet ohne Berlin, den neuen Ländern sowie den Stadtstaaten differenziert. Der Vergleich zeigt, dass die wirtschaftliche Haupttätigkeit nicht über alle Ländergruppen gleich verteilt ist. Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin waren öffentliche Unternehmen mit Anteilen von 15 % beziehungsweise 11 % am häufigsten in der Wasserversorgung beziehungsweise in der Abwasserentsorgung vertreten; die entsprechenden Anteile in den neuen Ländern lagen bei jeweils 7 %. Die hohen Prozentsätze im früheren Bundesgebiet ohne Berlin sind in

erster Linie auf Baden-Württemberg zurückzuführen, da im Berichtsjahr 2008 rund 39 % aller öffentlichen Unternehmen in Baden-Württemberg entweder in der Wasserversorgung oder in der Abwasserentsorgung tätig waren. In den neuen Bundesländern und in den Stadtstaaten gehörten die meisten öffentlichen Unternehmen mit 22 % beziehungsweise 20 % dem Wirtschaftszweig „Grundstücks- und Wohnungswesen“ an. Der entsprechende Anteil lag im früheren Bundesgebiet ohne Berlin bei 9 %

²⁶ Mail an Ruth Birkle, 25.3.11, Jakob Ache, Referent, Büro Dr. Gerhard Schick, MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Finanzpolitischer Sprecher: "die Daten aus der Präsentation stammen vom Statistischen Landesamt. Sie sind hier abzurufen: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/FinSteuern/Landesdaten/GV_ED_EA_0000.asp. Insofern ist es richtig, dass für diese Jahre insgesamt keine strukturelle Überschuldung vorlag. Dabei ist aber zum Ersten zu beachten, dass dies aggregierte Daten sind, d.h. sie beziehen sich auf die gesamten Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden in Baden-Württemberg. Nicht ausgeschlossen ist damit, dass bestimmte Kommunen ein strukturelles Defizit aufweisen. In der Summe wurde dies in den entsprechenden Jahren aber durch Überschüsse anderer Kommunen überkompensiert. Zum Zweiten können wir in Baden-Württemberg - wie in ganz Deutschland - beobachten, dass viele Kommunen nur noch die nötigsten und gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben tätigen. Wenn aber ebenfalls dringend notwendige Ausgaben etwa zur Instandhaltung der Infrastruktur nicht getätigt werden, wird hier die Ausgabenlast nur in die Zukunft verschoben. Wie in der Präsentation auch gezeigt, bildet sich gegenwärtig ein enormer Investitionsstau. Sollen diese wichtigen Investitionen irgendwann getätigt werden, dann sind dafür aber zurzeit keine Mittel vorhanden. Bezieht man dies in die Rechnung ein, dann relativieren sich auch die Überschüsse aus den Jahren 2005-2008." [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-47B9BA1E-](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-47B9BA1E-EC02AF01/bst/hs.xsl/nachrichten_3821.htm)

[EC02AF01/bst/hs.xsl/nachrichten_3821.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-47B9BA1E-EC02AF01/bst/hs.xsl/nachrichten_3821.htm)

²⁷ Die Reihenfolge ist kommunal unterschiedlich. In NRW wurde früher auf die Doppik umgestellt; Stadtwerke sind oft erst jetzt in Diskussion.

²⁸ Pressemeldung Gütersloh, 14.07.2005: Haushaltsnotstand droht: Alle Bundesländer müssen Ausgaben kürzen. "Schuldenmonitor" der Bertelsmann Stiftung analysiert Finanzpolitik bis 2020

²⁹ Pressemeldung Gütersloh, 13.11.2006: Studie: Schuldenmonitor macht erste Konsolidierungsfortschritte der Länder sichtbar, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-1286E871-590ACB88/bst/hs.xsl/73032_73081.htm

³⁰ Doppik/staatliche Doppik/Neues Rechnungswesen, Beitrag im [Online-Verwaltungslexikon olev.de](http://www.olev.de), Version 2.22, <http://www.olev.de/d/doppik.htm>

³¹ ABC-Neues Haushaltsrecht, S.9

³² Vergleichsdatenbank: www.doppikvergleich.de, KGSt und Bertelsmann Stiftung

³³ Klaus Notheis/ Klaus Ade: Das Neue Kommunale Haushaltsrecht Baden-Württemberg, Stuttgart 2006

³⁴ Prof. Klaus Notheis aus dem Kreistag verabschiedet. Landrat Dr. Schnaudigel dankte für zehnjähriges Engagement für den Landkreis Karlsruhe, 24.4.2009, <http://www.landkreis-karlsruhe.de/index.phtml?object=tx|1636.10.1&ModID=7&FID=1636.1492.1&sNavID=1076.35&La=1>

³⁵ Kuno Schedler, Isabella Proeller: New Public Management, Bern/Stuttgart/Wien, 2006, S. 32ff

³⁶ Ruth Birkle: Eine andere Welt ist ... in Deutschland neoliberal. Anmerkungen zum Neuen Steuerungsmodell und zur Bürgerkommune, 2010

³⁷ Klaus Ade, Klaus Notheis, Hansdieter Schmid: Kommunales Wirtschaftsrecht in Baden-Württemberg, Systematische Darstellung zur Finanzwirtschaft der Kommunen, 2002 (7)

³⁸ Regierungspräsidium Karlsruhe, Schreiben an das Bürgermeisteramt Bruchsal, AZ 14-2241.1, 14.1.11

³⁹ Zahlen dazu Folien Haushalt Bruchsal

⁴⁰ HAUSHALTAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen – Zusammenfassung von Martin Junkernheinrich, Thomas Lenk, Florian Boettcher, Mario Hesse, Benjamin Holler, Gerhard Micosatt, 2011, <http://www.im.nrw.de/bue/doks/110308summarygutachten.pdf>

⁴¹ Anhang Hebesätze, Änderung und Beispiele Bruchsal

⁴² Die grüne Vermögensabgabe, Autorenpapier von Lisa Paus, Jürgen Trittin, Renate Künast, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Thomas Gambke, Christine Scheel, Gerhard Schick, 14.1.11, http://www.gruenebundestag.de/cms/finanzen/dok/367/367285.die_gruene_vermoegensabgabe.html

Dämpfer für "grüne" Vermögenssteuer, Handelsblatt, 27.4.11

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/daempfer-fuer-gruene-vermoegenssteuer/2397490.html>

⁴³ In der historischen Entwicklung ist ein Trend zur Verminderung der Einkommensteuer und Erhöhung der Verbrauchssteuern zu sehen:

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Historie_Steuers%C3%A4tze_ESt_USt_D.jpg&filetimestamp=20090820063849

⁴⁴ Dr. Gerhard Schick, MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Finanzpolitischer Sprecher: Schwarz-gelbe Landesregierungen betreiben laxen Steuervollzug - und nehmen Ungerechtigkeit und höhere Schulden in Kauf, März 2011,

<http://www.gerhardschick.net/images/stories/Steuerpolitik/argumentationspapier%20steuervollzug.pdf>

⁴⁵ Stabilität könnte mit einem deflationären Politik wahrscheinlich eine zeitlang erreicht werden, allerdings nur mit Aufgabe aller kommunalen Freiwilligkeitsleistungen und stark eingeschränkter Standards. Das zeigt, dass alte Klassenkonflikte bestehen, die mit NPM- Methoden beruhigt werden sollen. Siehe FN 30

⁴⁶ HAUSHALTAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen – Endfassung von Martin Junkernheinrich, Thomas Lenk, Florian Boettcher, Mario Hesse, Benjamin Holler, Gerhard Micosatt, Kaiserslautern – Leipzig – Bottrop, 2011, Zusammenfassung <http://www.im.nrw.de/bue/doks/110308summarygutachten.pdf>, S.3

⁴⁷ Kuno Schedler, Isabella Proeller: New Public Management, Bern/Stuttgart/Wien, 2006, S. 32ff

⁴⁸ Demokratie braucht starke Kommunen!, Beschluss 32. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Freiburg, 19.-21. November 2010, http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/362/362187.k01demokratie_braucht_starke_kommunen.pdf